

Jeder Zehnte würde zur Waffe greifen

Eine Umfrage zeigt, dass die Bereitschaft zum Kriegsdienst in der Bevölkerung nicht hoch ist

ANNE-BEATRICE CLASMANN

Berlin . Im Falle eines militärischen Angriffs auf Deutschland wäre laut einer Umfrage gut jeder zehnte Bundesbürger darauf eingestellt, sein Land mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Freiwillig würden sich in so einem Fall allerdings lediglich fünf Prozent der Deutschen zum Kriegsdienst melden, wie die Ergebnisse einer aktuellen repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov zeigen. Weitere sechs Prozent der Erwachsenen erwarten, dass sie im Kriegsfall einberufen und gegebenenfalls für die Verteidigung Deutschlands ausgebildet würden.

Jeder Dritte (33 Prozent) würde laut Umfrage versuchen, sein gewohntes Leben so weit wie möglich weiter zu führen. Fast jeder vierte Deutsche (24 Prozent) würde im Kriegsfall so schnell wie möglich das Land verlassen. Die Frage, die 2000 wahlberechtigten Erwachsenen von den Meinungsforschern vorgelegt wurde, lautete: „Einmal angenommen, es würde sich ein militärischer Angriff auf Deutschland abzeichnen, vergleichbar mit dem im Februar 2022 begonnenen russischen Angriff auf die Ukraine. Was glauben Sie, würden Sie persönlich in einer solchen Situation am ehesten tun?“

Gut jeder Zehnte (elf Prozent) gab an, er würde sich freiwillig melden, anderweitig als im Kriegsdienst zu helfen. Vier Prozent der Teilnehmer schlugen andere Handlungsmöglichkeiten vor. 18 Prozent der Bürgerinnen und Bürger hatten zu der Fragestellung entweder keine Meinung oder machten aus anderen Gründen keine Angaben.



Der Mündungslauf eines Sturmgewehres vom Typ G36 ist bei einem Appell der Bundeswehr auf dem Marktplatz in Storkow zu sehen. Im Falle eines militärischen Angriffs würden sich lediglich fünf Prozent der Freiwilligen zum Kriegsdienst melden, wie die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov zeigen.

Ältere und Männer wollen kämpfen

Für die Option, das eigene Land im Kriegsfall zu verlassen, entschieden sich etwas mehr junge Menschen als Ältere. Die Bereitschaft, mitzuhelfen, wenn auch nicht mit der Waffe in der Hand, ist laut Umfrage bei den über 60-Jährigen, für die ein Kampfeinsatz teils aus gesundheitlichen Gründen ohnehin nicht infrage käme, stärker ausgeprägt als bei den Jüngeren.

Signifikante Unterschiede zwischen Deutschen in Ost und West stellten die Meinungsforscher nicht fest. Männer und Menschen, die angaben, bei der Bundestagswahl 2021 die Grünen gewählt zu haben, waren etwas stärker geneigt, sich bei dem genannten Angriffsszenario freiwillig für den Dienst an der Waffe zu melden als Frauen und Anhänger anderer Parteien.

Menschen, die wissen, wie man eine Schusswaffe gebraucht, sind laut Umfrage etwas seltener als der Durchschnitt bereit, Deutschland im Falle eines Angriffskriegs zu verlassen. Die Bereitschaft, sich freiwillig zum Kriegsdienst zu melden, ist bei ihnen auch niedrig, aber immerhin mehr als doppelt so hoch wie bei denjenigen, die nicht schießen können.

Den Umgang mit einer Schusswaffe beherrscht laut Umfrage etwas mehr als jeder fünfte deutsche Staatsbürger: Auf die Frage, ob sie den Umgang mit der Waffe erlernt hätten, beispielsweise im beruflichen Kontext, für die Jagd, als Sportschütze oder während des Wehrdienstes, antworteten 23 Prozent der Teilnehmer mit „Ja“ und 74 Prozent mit „Nein“. Drei Prozent der Befragten machten keine Angaben.

Darüber, ob die seit 2011 ausgesetzte Wehrpflicht – in der einen oder anderen Form – in den kommenden zehn Jahren wieder reaktiviert wird, sind die Deutschen geteilter Ansicht. Immerhin sind davon, dass es so kommen wird, mehr Menschen überzeugt als vom Gegenteil. 42 Prozent der befragten Wahlberechtigten gehen davon aus, dass der Wehrdienst wieder verpflichtend werden wird. 37 Prozent der Deutschen glauben das nicht. 21 Prozent der Befragten trauten sich kein Urteil zu oder wollten nichts dazu sagen.

Pistorius verteidigt Wehrpflicht

Der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hatte die Aussetzung der Wehrpflicht durch die schwarz-gelbe Bundesregierung im Jahr 2011 jüngst als Fehler bezeichnet – zugleich aber betont, dieser lasse sich nicht „mal eben so im Handumdrehen“ zurückholen.

Dass die Angst der deutschen Bevölkerung vor einer militärischen Konfrontation seit Februar 2022 deutlich gestiegen ist, verdeutlicht beispielsweise der am Dienstag veröffentlichte „Sicherheitsreport 2023“, den das Meinungsforschungsinstitut Allensbach gemeinsam mit dem Centrum für Strategie und Höhere Führung veröffentlicht hatte. Danach macht der Krieg in der Ukraine 85 Prozent der Menschen hierzulande große Sorgen. 63 Prozent der Bevölkerung befürchten inzwischen, dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte. Bei der Befragung ein Jahr zuvor hatten noch deutlich weniger Menschen (37 Prozent) diese Sorge geäußert.

ZUR SACHE

Reservisten und Wehrbeauftragte für Wehrpflicht

Der Reservistenverband der Bundeswehr hält eine Wiedereinführung der Wehrpflicht für unumgänglich. „Wir sind der Meinung, dass Deutschland ohne eine Wehrpflicht, in welcher Form auch immer, nicht verteidigungsfähig ist“, sagte der Präsident des Reservistenverbands, Patrick Sensburg, den Zeitungen der Mediengruppe Bayern. Die Bundeswehr müsse glaubwürdig im Bündnis nach außen zeigen, dass sie abschrecken könne. Dafür brauche es neben einer gut ausgebildeten und ausgestatteten Truppe eine ebenso gut ausgebildete und ausgestattete Reserve. „Reservistinnen und Reservisten rekrutieren sich aber nur in ausreichendem Maße aus der Wehrpflicht.“ Auch die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl, betonte gegenüber der Mediengruppe Bayern: „Die Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung schließt eine verlässliche, einsatzbereite sowie gut ausgestattete und ausgebildete Reserve mit ein.“ In Deutschland ist die Wehrpflicht seit 2011 ausgesetzt. Auch Högl hatte kürzlich eine Diskussion über eine Einführung einer neuen Art der Wehrpflicht gefordert. Die FDP lehnt den Vorstoß klar ab. „Das wird es mit den Freien Demokraten nicht geben“, sagte Johannes Vogel (FDP) am Mittwoch im Bundestag.
